

Sehr geehrte Damen und Herren,

die kurze Präsentation hat deutlich gemacht, dass der Deutsche Richterbund – so heißen wir ja die nächsten Stunden noch – mit Engagement für die Interessen der Justiz eintritt. Dabei sind wir in den letzten Monaten und Jahren stärker geworden. Wir können es uns deshalb durchaus zutrauen, brisante Themen zu diskutieren und die heutige Thematik **Rechtlos oder Streikrecht – die Zukunft der Richter und Staatsanwälte** gehört mit Sicherheit dazu. Zu unserer heutigen Veranstaltung freue ich mich über das Erscheinen zahlreicher Ehrengäste.

Für die 1. Staatsgewalt begrüße ich den rechtspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Herrn Sichau MdL

Für die Exekutive

- 1) an deren Spitze Frau JM Müller-Piepenkötter
- 2) Staatssekretär Brendel
- 3) Ministerialdirigent Kamp
- 4) Ministerialdirigent Keders

Herrn Staatssekretär Brendel danke ich schon jetzt für seine Teilnahme an der nachfolgenden Podiumsdiskussion

Für die 3. Gewalt

Die Präsidenten der Oberlandesgerichte

POLG Hamm Debusmann – Dank -

POLG Köln, Riedel

Für PrOLG Paulsen VPrOLG Dr. Bünten

Die Generalstaatsanwälte

GStA Proyer

GStA Kapischke

GStA Steinforth

PrLAG Düsseldorf Dr. vom Stein

VPrLAG Köln Dr. Kalb

Für PFG Münster VRFG Markert

PrLG Dortmund Brahm, zugleich als Vorsitzenden des Präsidialrats des Landes
NRW

Für die örtliche Justiz

PLG Köln Zerbes

PAG Schulz

LOStA Manteuffel

Pr'inSG Köln Debus

DirAG Bergisch Gladbach Macioszek

Von der Universität Münster Prof. Dr. Wittreck – Dank -

Für die Verbände

OStA Frank und den Ehrenvorsitzenden des DRB VRLG a.D. Voss

den Vorsitzenden des Vereins der Richter in der Sozialgerichtsbarkeit Jung

Vorsitzender DAV NRW Dr. Böhm

Vorsitzender dbb nrw Eisenhöfer – Dank –

und seinen Stellvertreter Römer

Vors. Vereinigung der VerwR Ostermann

Stellvertr. Vorsitzender BDK Thust

Ganz besonders freue ich mich, die neuen Landesvorsitzenden des DRB in Bayern
und Niedersachsen begrüßen zu können

Vors. Bayerischer Richterverein Groß

Vors. Niedersächsischer Richterbund Kreutzer

Sehr geehrte Ehrengäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und
Herren,

das Wort der Stunde ist das Wort **Vertrauen**. An den aktuellen wirtschaftlichen Ent-
wicklungen sehen wir, wohin es führen kann, wenn Menschen kein Vertrauen haben.
Sie sind übertrieben pessimistisch, vermögen positive Entwicklungen nicht mehr zu
erkennen, dramatisieren negative Einzelfälle und reagieren auf Gefahren panisch. Ei-

ne Spirale nach unten setzt sich in Gang, die - je schneller sie sich dreht -immer weniger beherrschbar scheint. Nicht nur die Finanzwirtschaft, nahezu alle gesellschaftlichen Organisationen haben mit einem Vertrauensverlust zu kämpfen:

- Dem Staat wurde bis in die jüngste Zeit immer mehr misstraut. Volkswirtschaftler fordern, er solle weniger regulierend eingreifen, Aufgaben abgeben und schlank werden und Politiker verkünden den Slogan Privat vor Staat. Privat sei generell günstiger, bürgerfreundlicher und effektiver. Datenschützer beklagten seine Sammelwut.
- Wer vertraut unseren großen sozialen Sicherungssystemen? Norbert Blüms Satz: „Die Rente ist sicher“ gilt quasi als Fehleinschätzung des Jahrhunderts.
- Parteien finden immer weniger Zuspruch. Sie können die Menschen kaum noch mobilisieren. Die Beteiligung an Wahlen sinkt folglich und nähert sich selbst bei Landtagswahlen nun 50 % an.
- Kirchen kämpfen gegen Austritte an und Kirchengebäude werden zu Eigentumswohnungen oder Restaurants umgewidmet,
- Auch andere Organisationen wie Gewerkschaften oder Vereine leiden unter Mitgliederverlust und Nachwuchsmangel.

Etwas Ähnliches wie für die Organisationen gilt für die Institutionen, die früher die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen festlegten:

- Die Religion hat sich aus dem Alltagsleben zurückgezogen
- Traditionen werden nicht mehr gelebt.
- Kinder sind nicht mehr selbstverständlich sondern Gegenstand einer individuellen Entscheidung und
- man muss keine Ehe mehr schließen, um eine Partnerschaft zu begründen.

Meine Damen und Herren,

an diesen Vorgängen ist eigentlich nichts Ungewöhnliches. Schon immer sind Organisationen gestorben, wenn sie gesellschaftlich nicht mehr benötigt wurden und gesellschaftliche Rahmenbedingungen haben sich geändert. Bedenklich sind aber das Tempo und der Umstand, dass die Organisationen und Institutionen weitgehend *ersatzlos* wegfallen.

Beispiel Wahlbeteiligung: Ich frage mich, ob man eigentlich noch von einer demokratischen Legitimation sprechen kann, wenn eine Regierung absolut nur noch auf 25 % der Stimmen bauen kann. Wie soll Macht in einer Demokratie aber anders als durch Wahlen legitimiert werden?

Beispiel Gewerkschaften: Wir erleben eine immer weitere Zersplitterung der Gewerkschaften. Klein- und Kleinstvereinigungen machen sich daran, sich gegenseitig mit ihren Forderungen zu übertrumpfen. Als Folge schrumpfen die Friedenszeiten immer weiter. In manchen Bereichen kommen die Betriebe kaum noch zur Ruhe – die Bahnstreiks sind uns noch in bester Erinnerung.

Ich glaube, dass die Individualisierung unserer Gesellschaft zu weit getrieben worden ist. Der Mensch ist ein soziales Wesen; er hat auch ein Bedürfnis nach Sicherheit, die ihm langfristig nur starke Gemeinschaften vermitteln können. Diese Gemeinschaften brauchen ihrerseits aber eine Grundlage, um Vertrauen erzeugen zu können. Deshalb müssen wir damit aufhören, wesentliche Eckpfeiler unserer Gesellschaft weiter zu demontieren oder an Gleichgültigkeit sterben zu lassen.

Einer dieser unverzichtbaren Eckpfeiler unserer Gesellschaft ist der **Rechtsstaat**. Kein moderner Staat kann ohne Gesetze und ein Rechtssicherheit vermittelndes Justizsystem existieren. Nur sind wir uns dessen bewusst? In den Öffentlichen Haushalten führt die Justiz ein Schattendasein. Sie hat zu wenig Personal – ich erinnere an die fehlenden 500 Richtern und 200 Staatsanwälte – und hat eine Ausstattung, die in der Praxis oft ein Ärgernis ist; Stichworte Judica und Akusta.

Das ist gar nicht einmal Böswilligkeit der Politik. Sie folgt der politischen Einschätzung, dass man bisher mit der Justiz nur Wahlen verlieren, aber nicht gewinnen konnte. Hieran kann nur etwas geändert werden, wenn sich die Bürger wieder darüber bewusst werden, dass die Justiz eben keine disponible Größe ist wie die Frage, ob man einen Großflughafen baut oder Forstämter zusammenlegt. Die Justiz vermittelt dem Bürger ganz wesentlich Vertrauen in staatliches Handeln. Dies wird der Richterbund zu einem zentralen Thema seiner Arbeit machen.

Ein weiterer Eckpfeiler, der in der Vergangenheit geradezu lustvoll demontiert worden ist, ist das Berufsbeamtentum. Die Beamten und auch die Richter wurden ausschließlich mit negativen Attributen belegt oder waren Gegenstand von Witzen. Sie

waren faul, nicht serviceorientiert, natürlich zu gut bezahlt und die Pensionen sind ohnehin Ausdruck nicht mehr zeitgemäßer Privilegien. Ein Höhepunkt dieser seit Jahren stattfindenden Kampagne war die Aufmachung der Bildzeitung vor einigen Wochen. Mit Blickrichtung auf die Beamtenpensionen wurde dort mit der Schlagzeile: „So fresen sie unsere Steuergelder auf“ aufgemacht. Dies ist von der Wortwahl nicht nur verletzend. Es versteht sich fast von selbst, dass der Bürger bewusst manipuliert worden ist, weil wesentliche Informationen weggelassen wurden. So errechnete die Bildzeitung, dass jeder Bürger 440,- € im Jahr für die Beamtenpensionen aufzubringen hat. Weggelassen worden ist aber die Information, dass der Steuerzahler in der gleichen Zeit rd. 1.000,- € pro Jahr für die Renten und damit für ein Altersversorgungssystem aufbringt, das sich über Beiträge finanzieren soll und gar nicht über Steuern. 400,- € zu 1.000,- €, das erscheint mir nicht unangemessen.

Dieser negativen Stimmung in der Öffentlichkeit folgt die Politik. Die Wesentlichen Beiträge zur Haushaltskonsolidierung hat sie von ihren Beamten bezahlen lassen durch Streichung des Urlaubsgelds, Kürzung des Weihnachtsgelds, Einschränkungen bei Pensionen und Beihilfe sowie Ausbleibens von Besoldungserhöhungen. Die Folge: Das Jahresgehalt eines Beamten, Richter und Staatsanwalts ist im Jahr 2008 niedriger als im Jahr 2004.

Diese Einschränkungen sind schlimm und völlig inakzeptabel. Schlimmer noch ist aber die Art und Weise des Umgangs mit uns. Ganz bewusst ist die Wehrlosigkeit und auch die hohe Pflichtbereitschaft und Arbeitsmoral der Beamten, Richter und Staatsanwälte ausgenutzt worden. Was sollen sie auch tun? Die Arbeit zurückhalten? Dazu haben wir uns bisher nicht entschließen können und das wollen wir auch nicht. Wir wollen auch in Zukunft gute Arbeit für den Bürger leisten.

Selbst Prozesse scheinen dem Finanzminister wenig auszumachen. Auf die jüngsten Entscheidungen der Verwaltungsgerichte, der Finanzminister habe seine Staatsdiener in Prozesse hineingetrieben und gegen die Fürsorgepflicht verstoßen, folgt nicht die geringste Reaktion des Finanzministers. Angebracht gewesen wäre ja vielleicht einmal eine Entschuldigung. Aber nein, wir hören auf Beschwerden zum Umgang mit uns nur drei Sätze:

- 1) Wir haben eben kein Geld – gemeint ist natürlich, wir möchten das Geld für Dinge ausgeben, die uns wichtiger sind

- 2) Sei doch froh, dass Du einen sicheren Job hast und wenn das auch noch nicht hilft
- 3) Was sollten denn die Hartz IV-Empfänger sagen?

Meine Damen und Herren,

früher ging man klüger mit den Beamten um. Bismarck etwa wird der Satz zugeschrieben: *Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nichts.*

Und die Chinesen wissen: *Der Hungrige ist kein guter Beamter.* Ich möchte hinzufügen, der Bedrängte auch nicht.

In der Form der völlig einseitigen Auslegung von Rechten und Pflichten des Beamten macht das Berufsbeamtentum keinen Sinn mehr. Wir sollten deshalb neue Denksätze zulassen. In diesem Sinn bin ich gespannt auf die heutige Veranstaltung, bei der es ja um die interessante Frage des Streikrechts für Richter und Staatsanwälte geht. Den Ergebnissen möchte ich nicht vorgreifen, zumal ich ja auch an der Umsetzung nicht mehr beteiligt sein werde.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle aber noch ein kurzes persönliches Wort. Heute wird ein neuer Vorstand beim DRB-NRW gewählt. Ich setze meine Tätigkeit für den DRB-NRW nicht fort und blicke auf 6 Jahre Verbands- und politischer Erfahrung zurück. Mein Resümee lautet: **Es geht auch anders.**

Wir müssen keinen Mangel verwalten, wenn wir nicht wollen und auch nicht nach unten schauen. Diese Blickrichtung ist nur das Resultat unserer eigenen Mut- und Ideenlosigkeit. Auch heute noch kann man die Menschen für gemeinsame Ziele begeistern, sie motivieren mitzumachen und scheinbar unüberwindliche Grenzen überschreiten. Ich bin sicher, was beim kleinen DRB geht, geht auch in der gesamten Gesellschaft. Deshalb bin ich nicht nur stolz auf das Erreichte, sondern blicke auch zuversichtlich nach vorn. Wir können es schaffen – aber nur gemeinsam.

Herzlichen Dank